

Indien 1990: Bestandsaufnahme und Zukunftsperspektiven

Dietmar Rothermund

Indien präsentiert sich jetzt sozusagen "under new management". Der glücklose Rajiv Gandhi wurde im November 1989 abgewählt, und sein regierungserfahrener Antagonist Vishwanath Pratap Singh wurde Premierminister. Doch die dramatische Parlamentswahl hat keineswegs klare Ergebnisse gezeigt. Das Mehrheitswahlrecht, das anderswo immer geradezu zwangsläufig ein Zweiparteiensystem hervorgebracht hat, bescherte Indien statt dessen ein ganz merkwürdiges Kräfteverhältnis. Der Nationalkongreß erhielt nur noch 192 Sitze von insgesamt 525, die von V.P.Singh geführte Nationale Front 141, die Bharatiya Janata Party 88 und die Kommunisten 43. Die Niederlage des Nationalkongresses war allein darauf zurückzuführen, daß sich die drei anderen Parteien zwar nicht zu einer Wahlallianz zusammengefunden, aber sich doch geeinigt hatten, jeweils nur einen ihrer Kandidaten in jedem Wahlkreis gegen den Kongreßkandidaten aufzustellen. Der Kongreß hatte sonst regelmäßig davon profitiert, daß sich die Kandidaten der anderen Parteien Konkurrenz machten.

Die natürliche Folge eines solchen Wahlausgangs wäre eine Koalitionsregierung gewesen, doch die politische Situation beeinträchtigte auf die eine oder andere Weise die Koalitionsfähigkeit aller zuvor erwähnten Parteien. Der Nationalkongreß wählte Rajiv Gandhi sofort wieder zum Fraktionsvorsitzenden, und da sich der Wahlkampf hauptsächlich gegen ihn gerichtet hatte, wurde so eine Absage an alle erteilt, die eine Koalition mit dem Kongreß ohne ihn durchaus für möglich gehalten hätten. Eine Koalition der anderen drei Parteien hätte zwar eine stabile Mehrheit gehabt, aber starke Gegensätze insbesondere zwischen den Kommunisten und der Bharatiya Janata Party ließen jeden Gedanken an eine solche Koalition von vornherein als absurd erscheinen. Eine Koalition der Nationalen Front mit nur einer der beiden andere Parteien hätte nicht die nötige Mehrheit gehabt und wäre der Nationalen Front im Hinblick auf die Zukunft auch nicht erstrebenswert erschienen, denn sie ist eine Partei der Mitte wie der Nationalkongreß und kann kein Interesse daran haben, sich mit den Kommunisten einzulassen oder mit der Bharatiya Janata Party gemeinsame Sache zu machen, die einer Koalition sofort ihren Stempel aufgedrückt hätte.

Statt einer Koalitionsregierung wurde eine Minderheitsregierung gebildet, die von den anderen Parteien geduldet wird. Die Arbeit einer solchen Regierung gleicht einem gefährlichen Seiltanz. Beim kleinsten Konflikt kann die Regierung die Balance verlieren, sie muß stets besorgt nach links und rechts schauen, denn alles, was der Bharatiya Janata Party gefiele, wäre den Kommunisten ein Graus und umgekehrt. Bislang ist freilich keine Partei daran interessiert, durch den Sturz der Regierung neue Wahlen herbeizuführen. Die Initiative zur Neuwahl dürfte am ehesten von dem geduldeten Premierminister selbst ausgehen, der das Parlament auflösen könnte, sobald er eine Chance sieht, seine Machtposition zu verbessern. Diese Chance könnte aber eigentlich nur dann kommen, wenn der Nationalkongreß sich spaltet und ein großer Teil der bisherigen Kongreßabgeordneten dann für die Nationale Front kandidieren würde.

Ein bedenklicher Aspekt des Wahlresultats von 1989 ist die regionale Verteilung der von den verschiedenen Parteien errungenen Sitze. Zwar ist die allein auf einen Staat konzentrierte Partei Telugu Desam auf der Strecke geblieben, und es könnte daher den Anschein haben, als ob die nationale Politik über die regionale triumphiert habe, aber die vier großen Parteien, die an sich überregional ausgerichtet sind, haben klar identifizierbare regionale Hochburgen. Der Nationalkongreß ist zur dominanten Partei des Südens geworden und hat im Norden viel verloren. Die Nationale Front beherrscht das Hindi-Herzland, insbesondere das größte Bundesland, Uttar Pradesh, dessen Landesregierung ebenfalls fest in ihrer Hand ist und das V.P.Singh selbst einige Jahre regiert hat, als er noch dem Nationalkongreß angehörte. Die Bharatiya Janata Party hat den größten Teil ihrer Sitze in Madhya Pradesh und Rajasthan errungen, und die Kommunisten haben ihre Hochburg nach wie vor in West-Bengalen. Da aber sowohl der Nationalkongreß als auch die Nationale Front Parteien der Mitte mit nationaler Perspektive sind, ist zu hoffen, daß sie sich nicht als Parteien des Südens und des Nordens profilieren wollen, denn das könnte ihnen in der Zukunft eher schaden als nutzen.

Innenpolitische Herausforderungen: Soziale und politische Probleme

Zur Zeit ergeben sich die wichtigsten innenpolitischen Herausforderungen für die Regierung aber nicht aus irgendwelchen Differenzen der Großregionen, sondern eher aus Problemen der Randgebiete (Panjab und Kashmir) und aus der Unruhe, die sich aus der Kampagne um "Ramjanmabhumi" ergeben hat. V.P.Singh hat bedeutsame Zeichen gesetzt, als er kurz nach der Amtsübernahme zum Gebet in den Goldenen Tempel der Sikhs in Amritsar ging und dort begeistert aufgenommen wurde. Für die Einstellung der Regierung zu den Muslims in Kashmir war es von Bedeutung, daß er einen Kashmiri Muslim, Mufti Mohammad Sayeed, zum Innenminister ernannte. Leider hat auch diese Geste nicht verhindern können, daß die Unruhen in Kashmir zunahmen. Die Landesregierung mußte zurücktreten, der Landtag wurde im Februar 1990 aufgelöst und "Governor's Rule" proklamiert, weil Kashmir aufgrund seiner besonderen Verfassung nicht unter "President's Rule" gestellt werden kann, doch praktisch bedeutet es dasselbe.

Die Ernennung eines Muslim als Innenminister war zugleich eine Stellungnahme im Streit um "Ramjanmabhumi". Rajiv Gandhi hatte mit einer unglücklichen Schaukelpolitik Hindus und Muslims gleichermaßen gegen sich aufgebracht, weil er keine klare Stellung in dem Streit um den Wiederaufbau eines Ramatempels in Ayodhya an Stelle der vom Großmogul Baber dort auf dem von ihm zerstörten Tempel errichteten Moschee nehmen wollte. Die Ernennung eines Muslim-Innenministers erleichtert der Bharatiya Janata Party in diesem Kontext die "Duldung" Singhs keineswegs, um so bezeichnender ist es, daß er darauf keine Rücksicht genommen hat. Die Agitation um "Ramjanmabhumi" ist jedoch keineswegs überwunden, und es könnte sich erweisen, daß die mutige Geste, M.M. Sayeed zum Innenminister zu ernennen, in dieser Hinsicht ebenso wenig hilft wie in bezug auf die Unruhen in Kashmir.

Zu diesen offensichtlichen innenpolitischen Herausforderungen kommt die Bewältigung tiefgreifender Strukturprobleme hinzu. Hier sind insbesondere die Schwächen des indischen Föderalismus und die wachsende Unruhe in den ländlichen Gebieten Indiens zu nennen. Beide Probleme stehen im Zusammenhang miteinander, denn für das, was in den ländlichen Gebieten geschieht, sind die Landesregierungen und nicht die Bundesregierung zuständig. Es geht nicht an, daß die Landesregierungen nicht genügend Mittel und Befugnisse haben, um sich tatkräftig um eine konfliktfreie Entwicklung zu bemühen und sich dann immer die ferne Bundesregierung einschalten muß, wenn es darum geht, mit Militär und zentralen Polizeieinheiten die Konflikte zu ersticken, wenn sie gewaltsam ausgetragen werden.

Das Übergewicht der Zentralregierung war früher noch größer, denn der indische Föderalismus wurde von den britischen Kolonialherren geschaffen, denen es darum ging, ihre Macht zu erhalten und nur begrenzte Befugnisse an indische Provinzregierungen zu delegieren. Diese Struktur wurde nach Erlangung der Unabhängigkeit beibehalten. Das spiegelte sich in der Verteilung der Finanzen wider. Der Bundeshaushalt stand in den Anfangsjahren der Republik Indien gegenüber der Summe der Länderhaushalte im Verhältnis 2,6:1. Die in der Verfassung vorgesehenen Finanzkommissionen, die im Abstand von jeweils fünf Jahren mit einem Schiedsspruch die Zuweisung von Steuereinnahmen an Bund und Länder neu ordnen, haben dieses Verhältnis zugunsten der Länder verändert, so daß es jetzt etwa bei 1,5:1 steht. Es wäre erstrebenswert, baldmöglichst ein Verhältnis von 1:1 zu erreichen, denn die eigentliche Entwicklung kann sich nur in den Ländern vollziehen.

Die Korrektur dieses Verhältnisses muß nicht unbedingt bedeuten, daß der Bund auf Einnahmen verzichtet, es könnten auch die Länder dazu ermutigt und ermächtigt werden, Steueraufkommen, die ihnen bereits zugeordnet sind, zu mehren. Die Grundsteuer zum Beispiel fließt ausschließlich den Ländern zu, doch seit dem katastrophalen Preisverfall in den Jahren der Weltwirtschaftskrise ist diese Steuer kaum irgendwo in Indien neu veranlagt worden, weil es an dem politischen Mut fehlte, sich mit den steuerzahlenden Bauern anzulegen. Einige wenige Landesregierungen haben sich getraut, die alten Grundsteuern durch Hebesätze zu verdoppeln, aber das brachte auch nicht viel ein. Die Landwirtschaft wird aber auf keine andere Weise zur Kasse gebeten. Weder eine Agrarinkommenssteuer noch eine Vermögenssteuer für die reicheren ländlichen Haushalte ist je über das Stadium vorsichtiger Diskussionen herausgekommen.

Die Schicht der reichen Bauern genießt praktisch ewige Steuerferien und außerdem die Freiheit, die ständig wachsende Schar der landlosen Landarbeiter rücksichtslos auszubeuten. Abhängige Pächter, die es dem Gesetz nach gar nicht geben darf und deren Verträge daher auch nicht auf dem Papier stehen, sondern nur aus mündlichen Abmachungen bestehen, arbeiten ebenfalls zum größten Teil für die reichen Bauern. Rechtsverbindliche Grundbucheintragungen und Kataster, wie wir sie kennen, gibt es in Indien nicht, und daran ist jede Landreform, die über die Ablösung der Großgrundherren Nordindiens, deren Zahl klein war und die daher politisch kein großes Gewicht hatten, bisher gescheitert. Auf dem Land geht daher Macht vor Recht, und wenn der Unwille der ausgebeuteten Mehrheit zu gewaltsamen Unruhen führt, wird die Polizei herbeigerufen, die Ruhe und Ordnung im Sinne der mächtigen Bauern wiederherstellt.

Der Nationalkongreß, der sich zu einem großen Teil auf diese reichen Bauern stützte, hat nie etwas unternommen, um diese Verhältnisse zu ändern. Die Nationale Front, die nun regiert, hat auch keine andere soziale Basis, und daher ist es von ihr nicht zu erwarten, daß sie Probleme anpackt, vor denen sich der Kongreß gescheut hat. Allenfalls könnte die neue Regierung vielleicht an eine Politik der kleinen Schritte denken, die nicht sofort zum massiven Widerstand herausfordert. So wäre es denkbar, eine verbindliche Aufzeichnung der Eigentums- und Besitztitel mit dem Hinweis auf die Notwendigkeit der Rechtssicherheit auf dem Lande in Angriff zu nehmen, ohne dabei von Bodenreform oder gar Steuerreform zu reden. Das wäre bereits ein großer Fortschritt, denn bisher wurde nur von solchen Reformen geredet, oder es wurden gar nutzlose Gesetze verabschiedet, während man die elementare Grundlage für solche Maßnahmen außer Acht ließ.

Die wachsende Unruhe auf dem Lande wird die Regierung dazu zwingen, sich mit diesen Problemen auseinanderzusetzen und sie nicht einfach durch Polizeieinsatz aus der Welt zu schaffen. Diese innenpolitische Herausforderung ist weit bedrohlicher als die außenpolitischen Probleme Indiens, doch die treten der Natur der Sache nach stärker ins Bewußtsein der Weltöffentlichkeit, wobei oft kleine aber spektakuläre Konflikte die größte Aufmerksamkeit erregen.

Die außenpolitische Erblast: Der Fall Sri Lanka

Die Außenpolitik Indiens hat über mehrere Regierungswechsel hinweg eine bemerkenswerte Kontinuität gezeigt und wird sich auch diesmal nicht wesentlich ändern. Bei der Freundschaft zur Sowjetunion wird es bleiben, und falls Gorbatschow an der Macht bleibt, wird der indisch-sowjetische Freundschaftspakt von 1971 im Jahr 1991 sicher erneuert werden, wenn auch mit einigen kleinen Revisionen des Textes. Die Beziehungen zu den USA werden sich ebenfalls nicht ändern. Die USA sind an Südasien nicht besonders interessiert und reagieren nur dann immer wieder hektisch, wenn globale Probleme hier einen regionalen Ausdruck finden, wie bei der sowjetischen Invasion Afghanistans. Beide Supermächte stimmen in letzter Zeit darin überein, Indien als regionale Ordnungsmacht anzuerkennen. Dies zeigte sich zum ersten Mal sehr deutlich, als von beiden Seiten die indische Intervention in Sri Lanka nicht nur stillschweigend geduldet, sondern ausdrücklich gebilligt wurde. Doch gerade der Fall Sri Lanka erweist sich als schwere Erblast, die die neue indische Regierung übernehmen mußte.

Rajiv Gandhi war dem schlaunen Präsidenten Junius Jayewardene auf den Leim gegangen, als dieser die Flucht nach vorn ergriff und Indien um die Entsendung einer "Friedenstruppe" in die unkämpfte tamilische Nordprovinz bat, damit sie dort die Kastanien für ihn aus dem Feuer holen sollte. Der Schlag mit dem Gewehrkolben, den Rajiv Gandhi nach der Unterzeichnung des entsprechenden Vertrags von einem unbotmäßigen Soldaten Sri Lankas versetzt bekam, war geradezu symbolisch für den Undank, den er mit diesem Einsatz ernten sollte. Die Rechnung, daß die "Tamil Tiger" der indischen Truppe gehorsamst ihre Waffen abliefern würden, ging nicht auf. Jayewardene hielt die Vereinba-

rung nicht ein, daß nun allein die indischen Truppen im Norden das Sagen hatten. Gefangene "Tiger" wurden von seiner Armee nach Colombo transportiert, wo sie Selbstmord begingen. Die gereizten "Tiger" kämpften weiter und töteten im Lauf der Jahre etwa 1200 indische Soldaten, obwohl zeitweise bis zu 100.000 Mann der Friedenstruppe in Sri Lanka stationiert waren. Diese fielen dort natürlich der Bevölkerung zur Last und man wartete dringend auf ihren Abzug. Jayewardenes Nachfolger Ranasinghe Premadasa, der sich mit dem Vertrag, den dieser abgeschlossen hatte, nicht identifizierte, verlangte diesen Abzug im Sommer 1989 und entzog damit der Stationierung der indischen Truppen die Legitimation. Als diese Truppen dann doch nicht abzogen, waren beide Seiten bemüht, einen Gesichtsverlust zu vermeiden und schlossen im September 1989 einen neuen Vertrag. Inzwischen flirtete Premadasa mit den "Tigern", wobei er vielleicht insgeheim hoffte, daß die verschiedenen tamilischen Gruppen sich nach dem Abzug der Inder gegenseitig unschädlich machen würden. Als sich abzeichnete, daß die "Tiger" zu stark wurden, hat Premadasa in jüngster Zeit die anderen tamilischen Gruppen hofiert.

Die neue indische Regierung ist offenbar daran interessiert, sich so schnell wie möglich aus Sri Lanka zurückzuziehen und sowohl mit Premadasa als auch mit den "Tigern" in Frieden zu leben. Das wird jedoch nicht so leicht möglich sein. V.P.Singh machte einen klugen Schachzug, als er den Ministerpräsidenten von Tamil Nadu, M.Karunanidhi, damit beauftragte, Vermittlungsgespräche mit den verschiedenen Tamil-Gruppen Sri Lankas zu führen. Die sandten denn auch Vertreter nach Madras, aber die Gespräche führten zu keinem greifbaren Ergebnis. Ferner wurde von der indischen Regierung ein Text für einen neuen Freundschaftsvertrag mit Sri Lanka ausgearbeitet, der den unglückseligen Vertrag von 1987 ersetzen soll. Der alte Vertrag und seine Nebenabkommen enthalten Bestimmungen, die die Souveränität Sri Lankas beeinträchtigen, der neue wird vermutlich das Verhältnis der Reziprozität betonen. Wenn nach dem indischen Truppenabzug ein Bürgerkrieg entbrennt, dürfte eine erneute indische Intervention sehr schwierig sein, und Indiens Ruf als regionale Ordnungsmacht könnte darunter leiden. Die politische Klugheit der neuen indischen Regierung wird bei der Bewältigung dieser Erblast auf eine harte Probe gestellt.

Die Beziehungen Indiens zu seinen anderen Nachbarn sind ebenfalls mit vielen Problemen belastet. Indira Gandhi regelte diese Beziehungen vorzugsweise bilateral von einer Position der Stärke aus, man liebte sie deshalb nicht, aber man wußte, womit man zu rechnen hatte. Bei Rajiv Gandhi wußte man nie recht, woran man war. Die neue Regierung hat daher viel nachzuholen. Delhi ist und bleibt der politische Mittelpunkt Südasiens, die Nachbarn wissen das, wenn sie es auch nicht gern anerkennen. Der Machthaber, der dort sitzt, muß klug und konzilient, aber auch stark und berechenbar sein. Nur dann wird Indien seine Rolle als regionale Ordnungsmacht spielen können.

Aufgaben der Wirtschaftspolitik: Die innere Liberalisierung

Die wirtschaftspolitische Linie der neuen Regierung wird sich am wenigsten von der der früheren unterscheiden. V.P.Singh war als Finanzminister der eigentliche Architekt der Liberalisierungspolitik der Kongreßregierung. Diese Politik wird

nach wie vor von einer großen Mehrheit des Parlaments getragen, und daher ist die Abhängigkeit der Minderheitsregierung von den Kommunisten in dieser Hinsicht nicht so wichtig, wie es vielleicht zunächst erscheinen mag. Das eigentliche Problem, das sich der neuen Regierung stellt, ist die Durchsetzung einer binnenwirtschaftlichen Liberalisierung, die mit der außenwirtschaftlichen Schritt hält. Die Beseitigung von äußeren Handelshemmnissen ist verhältnismäßig leicht und dazu noch recht lukrativ für die Regierung. In dem Maße, in dem Schutzzölle abgebaut und wieder zu fiskalischen Zöllen werden, steigen die Importe und die Zolleinnahmen mit ihnen. Die internationale Wettbewerbsfähigkeit und damit die Exporterlöse steigen aber nicht, solange der äußeren nicht eine innere Liberalisierung folgt, und damit ist es in Indien noch schlecht bestellt. Wer eine veraltete Fabrik, deren Erzeugnisse sich nicht mehr verkaufen lassen, schließen und die Arbeiter entlassen will, um andernorts eine neue Fabrik für andere Produkte zu errichten, der stößt in Indien auf unüberwindliche bürokratische Hindernisse. Wer Güter von einer Stadt in die andere oder gar von einem Bundesland in ein anderes sendet, muß sich mit einem verwirrenden System von Steuern und Abgaben herumschlagen, das die berüchtigten Binnenzölle des 18. Jahrhunderts in den Schatten stellt, die die Angestellten der britischen Ostin-diengesellschaft vorfanden und dann mit Sondergenehmigungen unterwanderten.

Eine solche Abgabe, die die neue Regierung unbedingt abschaffen müßte, ist die vorsintflutliche Gebühr, die auf alle Güter erhoben wird, die in eine Stadt hineingebracht werden (Octroi). In Bombay haben die Geschäftsleute kürzlich eine große Demonstration gegen diese Gebühr organisiert. Doch genügt es nicht, diese Abgabe abzuschaffen, den Stadtverwaltungen muß statt dessen eine rationalere Art der Besteuerung ermöglicht werden. Die Einnahmen der riesigen Metropole Bombay bestehen etwa zu zwei Dritteln aus diesem Octroi. Ein kluger Verwaltungsmann hat vor einigen Jahren die Octroi-Einnahmen Bombays verdoppelt, indem er die bisherige Berechnung nach der Stückzahl der Güter in eine Gebühr ad valorem umwandelte. Das brachte der Stadt viel ein, stärkte aber auch die Macht und den Nebenverdienst der unzähligen Eintreiber, die nun nicht mehr Stücke zählen, sondern eine "Bewertung" vorzunehmen haben. Kein Wunder, daß die Geschäftsleute Grund zur Klage haben. Wenn sie diesen Ärger los sein wollen, müßten sie freilich auch bereit sein, den Stadtsäckel auf andere Weise zu füllen. Die Summe der Telefongebühren in Bombay übersteigt die des städtischen Haushalts bei weitem, das zeigt, daß es in Bombay an Geld nicht fehlt, nur die Stadtverwaltung hat keinen Zugriff auf den Reichtum der Metropole und muß sich mit der verhaßten Rolle des Wegelagerers begnügen.

Die Probleme einer internen Liberalisierung werden an diesem Beispiel besonders deutlich, es könnten noch viele andere Beispiele dieser Art genannt werden. Es fehlt oft nicht nur am politischen Willen zur Durchsetzung entsprechender Maßnahmen, sondern meist sogar an der Analyse der Zusammenhänge, wie sie hier anhand des Octroi-Problems vorgeführt wurde. Es gibt in Indien viele begabte makro-ökonomische Planer, aber Wissenschaftler, die sich mit Fragen der kommunalen Finanzen und dergleichen beschäftigen, muß man mit der Lupe suchen. Liberalisierung kann aber nur dann erfolgreich sein, wenn sie auch auf diesen Gebieten vorangetrieben wird. Eine außenwirtschaftliche Liberalisierung, die nur dazu führt, daß Indien über seine Verhältnisse lebt, zuviel importiert und dann die Rechnung nicht bezahlen kann, wenn sie präsentiert wird, könnte letztlich zu einem gefährlichen Rückschlag führen.

Die Einschätzung der Chancen der indischen Wirtschaftsentwicklung läßt sich am besten an der Bereitschaft ausländischer Unternehmer ablesen, ihr Kapital in Indien zu investieren, deshalb wollen wir abschließend einen Blick auf die Zahlen werfen, die Aufschluß über solche Privatinvestitionen geben.

Die Entwicklung der ausländischen Privatinvestitionen in Indien

Indien hat an sich einen guten Ruf in bezug auf die korrekte Behandlung ausländischer Kapitalgeber. Es gab keine Enteignungen, die Repatriierung von Kapital und Gewinnen oder Lizenzgebühren wurde nie behindert. Als hemmend für diese Investitionen hat es sich lediglich erwiesen, daß man in Indien darauf besteht, daß die Ausländer nicht mehr als 49 Prozent der Anteile an einem Unternehmen besitzen dürfen. Für indische Unternehmer, die es gewohnt sind, mit wesentlich geringeren Anteilen Firmen zu beherrschen, ist es unverständlich, warum Ausländer unbedingt eine Mehrheitsbeteiligung haben wollen. Doch der westliche Unternehmer möchte nicht investieren, wenn er nicht selbst das Sagen hat. Dennoch haben ausländische Direktinvestitionen in Indien zugenommen, und der Anteil der verschiedenen Länder hat sich dabei sehr deutlich verlagert. Ursprünglich waren natürlich die Briten die wichtigsten Partner auf diesem Gebiet. Als Indien die Unabhängigkeit erlangte, waren zwei Milliarden Rupien britischen Kapitals in Indien investiert, 1974 waren es ca. 6,9 und Ende 1989 ca. 7,8 Milliarden. Bereits 1974 waren die Amerikaner mit 5,3 Milliarden an diesen Direktinvestitionen beteiligt, während die deutschen Investitionen damals erst 1,8 Milliarden betragen. Diese drei Länder trugen 72 Prozent zu der Gesamtsumme von 19,4 Milliarden bei. Bis Ende 1989 erhöhte sich die Summe auf 31 Milliarden, der amerikanische Anteil betrug nun ca. 7,9, der britische 7,8 und der deutsche 3,9 Milliarden, das waren nur noch 63 Prozent der Gesamtsumme. Dies war vor allem dem Rückgang britischer Neuinvestitionen zuzuschreiben, die für die Jahre 1974 bis 1989 nur insgesamt 0,85 Milliarden betragen.

Die Jahre von 1975 bis 1980 waren keine guten Investitionsjahre. Indira Gandhis Notstandsregime und danach die labile Janata-Regierung ließen Indien nicht sehr attraktiv erscheinen. Insgesamt flossen nur rund 380 Millionen privater ausländischer Investitionen in diesen sechs Jahren nach Indien, davon aus Großbritannien und der Bundesrepublik je ca. 40 Millionen und aus den USA 116 Millionen. Dafür waren die Jahre von 1981 bis 1989 mit einem Neuzufluß von rund 11 Milliarden eine Periode vermehrter Investitionen. Der amerikanische Anteil daran betrug 2,5, der deutsche zwei, der japanische eine und der britische nur 0,8 Milliarden. Insgesamt steuerten diese vier wichtigsten Gläubigerländer rund 60 Prozent der Summe der Direktinvestitionen bei. Das zeigt, daß Indien nicht nur mehr Kapital, sondern auch eine größere Zahl von Partnern anzog.

Absolut genommen macht die Zahl von 31 Milliarden einen guten Eindruck, doch relativ gesehen ist sie gar nicht besonders eindrucksvoll. Die Summe der Privatinvestitionen von 1974 entsprach einer Größenordnung von ca. drei Prozent des indischen Bruttosozialprodukts, die Summe von 1989 läßt sich nur noch mit etwa 1,5 Prozent des Bruttosozialprodukts vergleichen. In der Bundesrepublik Deutschland ist die Summe der ausländischen Direktinvestitionen mit rund

fünf Prozent des Bruttosozialprodukts vergleichbar. Mit diesem Maßstab gemessen könnten die ausländischen Privatinvestitionen verdreifacht werden, ohne daß Indien im gleichen Maße vom ausländischen Privatkapital abhängig wäre wie die Bundesrepublik Deutschland. Eine Überfremdung Indiens durch ausländisches Privatkapital ist bei diesen Größenordnungen sicher nicht zu befürchten. Daher sollte nichts versäumt werden, um solches Kapital einzuwerben, zumal dabei nicht nur das Kapital ins Land kommt, sondern auch die technischen Kenntnisse und das unternehmerische Engagement der Kapitalgeber.

Das Haushaltsdefizit und die Zahlungsbilanzprobleme

Die Einwerbung von ausländischem Privatkapital ist auch deshalb besonders dringlich für Indien, weil sich in jüngster Zeit Zahlungsbilanzprobleme bemerkbar machen, die für einige Jahre vergessen werden konnten, weil die Überweisungen von Auslandsindern (Non-Resident Indians) und nur zeitweilig im Ausland arbeitenden Indern diese Bilanz nicht mehr ausglich. Ende 1989 hatte Indien aber nur noch Devisen im Wert von 50 Milliarden Rupien, und dieser Betrag entspricht dem Importbedarf von ca. zwei Monaten.

Die internen Staatsfinanzen geben ebenfalls zur Besorgnis Anlaß. Die Bundesregierung ist zur Zeit mit 153 Milliarden Rupien bei der eigenen Zentralbank, der Reserve Bank of India, verschuldet. Das Budget, das im März 1990 vorgelegt wird, kann an dieser Situation nichts ändern, denn es gilt nun, Wahlversprechen einzuhalten, die die Erhöhung des Agrarkredits und einen Schuldenerlaß für die Bauern, die Einrichtung eines Sonderfonds zur Schaffung von Arbeitsplätzen und die Aufstockung der Militärpensionen etc. betrafen. Der Governor der Reserve Bank of India, R.N. Malhotra, hatte das Versprechen eines großzügigen Schuldenerlasses scharf kritisiert, die Regierung hat dennoch seine Amtszeit bis 1992 verlängert. Das zeigt, daß Zivilcourage und die Unabhängigkeit des Urteils respektiert werden. Doch auch R.N. Malhotra wird nicht verhindern können, daß die Regierung noch mehr Schulden bei der Reserve Bank of India machen wird.

In dieser prekären finanziellen Situation wäre es Indien zu wünschen gewesen, daß sein "new management" ein sicheres Mandat hätte, statt auf "Duldung" angewiesen zu sein. Wenn die Regierung sich aber in baldigen neuen Wahlen ein solches Mandat verschaffen will, muß sie zunächst einmal die vorigen Wahlversprechen einhalten - und damit ihre finanzielle Lage verschlechtern. Dieses Dilemma bedeutet für V.P. Singh, daß er weder leicht regieren noch die Zuflucht zu raschen Neuwahlen nehmen kann. Das Jahr 1990 wird daher für Indien ein sehr kritisches Jahr sein. Vielleicht lassen sich die anstehenden Probleme nur von einer "großen Koalition" lösen, doch wie die zustande kommen könnte, ist zur Zeit noch nicht abzusehen.